

I. Eine neue amerikanische Linke?

Alles sah danach aus, dass 2021 das Jahr würde, in dem progressive Bewegungen in den USA ihre Macht in politische Reformen umsetzen würden: Die Demokraten hatten das Weiße Haus und Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses erobert, und die Biden-Regierung sendete eine kühne Vision »transformatorischen Wandels« in die Welt. Kaum im Amt, trieb sie den 1,9-Billionen-Dollar-*American Rescue Plan* voran, der viele Versprechen gleichzeitig erfüllen sollte, von der Ausweitung der Krankenversicherung bis hin zu einer neuen monatlichen Steuergutschrift für jedes Kind. Viele verknüpften mit dem Einzug der neuen Regierung auch Hoffnungen auf ein Erstarren der amerikanischen Linken und auf die Durchsetzung langgehegter progressiver Forderungen. Ein Aufschwung hatte sich schon seit 2018 angedeutet, als progressive Kandidatinnen die Wahlen für das Abgeordnetenhaus gewannen – Ilhan Omar in Minnesota, Rashida Tlaib in Michigan, Ayanna Pressley in Boston und Alexandria Ocasio-Cortez in New York. Als junge, weibliche *People of Color* verkörperten sie einen neuen, radikalen Typ von Abgeordneten, die allesamt nicht

durch die Unterstützung der klassischen Sponsoren aus der Wirtschaft, sondern dank progressiver Netzwerke wie Justice Democrats, Sunrise Movement und Democratic Socialists of America gewonnen hatten. Ihre Wahlversprechen waren Resultate einer Dekade von Mobilisierungen: Occupy, Black Lives Matter, #MeToo, die *Dakota Access Pipeline protests*, die Anti-Trump-Mobilisierungen zur Verteidigung von Migrant*innen, Arbeitskämpfen und gewerkschaftlichem Organizing. Selbst als Bernie Sanders, der die Hoffnung der Linken auf einen Ausweg aus der Krise verkörpert hatte, 2020 die Vorwahlen verlor, signalisierten doch die Wahlerfolge einiger linker Kandidat*innen eine neue und wachsende demokratisch-sozialistische Präsenz im Kongress.

Doch diese Aufwärtsdynamik begann schon bald zu stocken. Viele der progressiven Gewinne waren kurzfristig, die Programme liefen aus oder wurden zurückgefahren. Weite Teile der progressiven Organisationen, die das Rückgrat der ideologischen Infrastruktur der Demokratischen Partei bilden, vor allem die stiftungsabhängigen NGOs, versanken in internen Auseinandersetzungen um Hierarchie, Macht, Patriarchat und *race & gender*, ihr öffentlicher Druck auf Umsetzung der ambitionierten Agenda der De-

mokraten ließ nach, während die außerparlamentarische Rechte und auch die radikalisierten Republikaner vielerorts Landgewinne machten.

Was hat es auf sich mit dieser amerikanischen Linken, deren Aufschwung vielfach – verfrüht, wie es scheint – gefeiert wurde?

Dieses Buch versucht eine ehrliche Bestandsaufnahme einer einigermaßen komplexen Entwicklung. Schon allein der Gegenstand ist schwer zu fassen, er wird sowohl in den USA als auch hierzulande sehr unterschiedlich definiert und ist dank zunehmender gesellschaftspolitischer Polarisierung stark aufgeladen. Dieses Bändchen kann lediglich anhand weniger zentraler Beispiele die aktuellen Herausforderungen und Probleme linker Ansprüche im Kontext der Biden-Regierung beleuchten. Es fordert damit auf zu einer nüchternen Auseinandersetzung mit den Grenzen und Chancen progressiver Politik in den USA – am Vorabend von Zwischenwahlen, die die kurze Ära demokratischer Mehrheiten in Washington beenden und den Kongress wieder in die Kontrolle der (radikalisierten) Republikanischen Partei überführen könnten.

»Die Linke« in den USA ist heute bei Weitem nicht so kohärent wie in ihrer Hochzeit der 1960er und 1970er Jahre, sondern fragmentiert in unter-

schiedliche Bewegungen und Organisationen, die vielfach nebeneinanderher agieren. Im strengen Sinn bezeichnet »die Linke« heutzutage im Wesentlichen die Strömungen der (demokratischen) Sozialist*innen und anderer mehr oder weniger marxistisch orientierter Gruppen, die Abolitionist*innen (die sich für eine grundlegende Reform der Gefängnisse, der Strafjustiz und der Polizei bzw. der gesellschaftlichen Ordnung, die solche repressiven Systeme erheischt, einsetzen), die Black-Lives-Matter- sowie indigene und weitere antirassistische Bewegungen, feministische und LGBTQ+-Bewegungen und schließlich radikale Teile der Klima- und Ökologiebewegung, die häufig gemeinsam mit indigenen Aktivist*innen im Kampf gegen fossile Großprojekte als Wasser- und Landverteidiger auftreten. Auch Basisgewerkschaften und ihre Kampagnen für betriebliche Verbesserungen und gewerkschaftliche Organisation sowie eine Vielzahl migrantischer Gruppen sowie deren Unterstützer*innen, die sich für Geflüchtete und gegen das US-Grenzregime einsetzen, verorten sich zumeist in diesem Spektrum.

Darüber hinaus mobilisiert eine unübersehbare Zahl kultureller und politischer Projekte im Dunstkreis linksorientierter Zielvorstellungen. Zunehmend wird auch der amorphe *social justice*-Kom-

plex von NGOs zur Bewegungslinken gezählt, wo, zumeist über Stiftungsmittel und eigenes Fundraising, Kampagnen für progressive Issues (und darüber auch Reproduktionsmöglichkeiten für ein Heer von Aktivist*innen) finanziert werden. Auf lokaler Ebene tummeln sich eine Unzahl von *community*-, wohnungspolitischen und anderen reproduktionsbezogenen Initiativen und Organisationen, die sich zum Teil auch regional und landesweit unter dem Dach »Recht auf Stadt« zusammenschließen, irgendwo zwischen diesem Nonprofitsektor und den militanteren Teilen des progressiven Amerika (vgl. Mayer 2021a; Hermsmeier 2022).

Es fällt auf, dass – ebenfalls im Gegensatz zur Linken der 1960er und 70er Jahre – außenpolitisches Engagement weitgehend fehlt. Lediglich der Palästina-Konflikt spielt in linken Debatten eine – zumeist spaltende – Rolle, wird aber eher als innenpolitisches Thema verhandelt. Während damals die Kriege und Regime-Change-Kampagnen der US-Regierung zentrale Mobilisierungsthemen darstellten, hat sich die Linke nach den Anschlägen vom 11. September 2001 aus diesen Feldern zurückgezogen (Hadden/Tarrow 2007) und ist auch heute, von wenigen Ausnahmen abgesehen¹, in den geopolitischen Auseinandersetzungen mit Russland und China kaum präsent.

Trotz dieser Disparatheit erzeugte diese amerikanische Linke im 2020er Wahlkampf ein weithin wahrgenommenes Momentum, das sich nach dem Einzug der Demokraten ins Weiße Haus und progressiver Kandidat*innen in den Kongress noch steigerte. Schließlich hatte Biden in seiner Wahlplattform eine Reihe linker Forderungen aufgegriffen: vom 15-Dollar-Mindestlohn über die Kostenreduktion für verschreibungspflichtige Medikamente und die Annullierung oder zumindest Reduktion von fürs Studium aufgenommenen Schulden bis hin zur Umstellung der Wirtschaft auf kohlenstofffreie und erneuerbare Energiequellen bis 2050. Dieser dem Wahlkampf geschuldete Aufschwung führte dazu, dass sich die Aufmerksamkeit für »die Linke« mehr und mehr auf die elektoral engagierte Linke und den progressiven Nonprofitsektor fokussierte – und linke Bewegungen in anderen Bereichen in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden.

Auch dieser Band reproduziert die Engführung auf jene Teile der Linken, die seit dem 2020er Wahlkampf so hochfliegende Hoffnungen ausgelöst haben: die demokratisch-sozialistische Bewegung, deren gewählte Volksvertreter*innen neue Chancen verhießen, sowie Black Lives Matter, eine Bewegung, die in einer nie dagewesenen Mobilisierung antirassisti-

sche und abolitionistische Forderungen auf die Straße brachte. Diese beiden Bewegungen wurden in der deutschen Linken besonders stark wahrgenommen. Umso wichtiger ist es zu erklären, wieso die Leuchtfener, die deren Mobilisierungserfolge versprühten, inzwischen Enttäuschungen und Verlustängsten gewichen sind. Die Zeitschrift *Jacobin* widmete ihre Winternummer 2022 der »Linken im Fegefeuer«: »Es besteht kein Zweifel daran, dass wir uns am Ende einer Periode rasanter Politisierung befinden und in eine Phase des allmählichen Niedergangs oder des langsamen Aufstiegs übergehen«², beschreibt Bhaskar Sunkara die Lage. Zwar sei die sozialistische Linke inzwischen fest im Mainstream der amerikanischen Politik verankert, aber »es hat etwas Gefährliches, wenn man groß genug ist, um in Teilen des Landes politisch präsent – und eine Subkultur für Tausende von Aktivist*innen – zu sein, aber viel zu unorganisiert und machtlos, um sein politisches Programm durchzusetzen« (Sunkara 2022). Die von Sunkara mitbegründete, den Demokratischen Sozialisten von Amerika nahestehende Zeitschrift versucht in dieser und folgenden Nummern, die Gründe für den rasanten Prozess von nie dagewesener Mobilisierung zu Stagnation und Ratlosigkeit auszuloten, und ist doch selbst an diesem Prozess beteiligt. Auch der

antirassistische Mobilisierungsschub ist verebbt oder hat sich in lokale Mühen der Ebene verlagert, während die nationalen Organisationen, überschüttet von Spendenfluten, sich in undurchsichtige, parteinahe oder exklusiv auf die Förderung Schwarzer Kultur ausgerichtete Apparate entwickelt haben. Diese beiden Beispiele sind eingebettet in ein breites Feld von »Grassroots der Demokratischen Partei« (Adler-Bell 2022b) und den Philanthropie-abhängigen Nonprofitsektor, wobei auch viele der hier tätigen Verbände sich inzwischen als »progressive Bewegungen« definieren³, obwohl sie von Stiftungen (und deren Zielen) abhängige Organisationen sind, geprägt von Arbeitgeber-Angestellten-Strukturen, und häufig Konflikte um Arbeitsbedingungen, Diskriminierung und gewerkschaftliche Organisierung erfahren. Sie prägen, vor allem in Washington, D.C., das Feld progressiver Politik stark mit, sodass bisweilen die Grenzen zwischen »genuin-linken«, also auf Abschaffung von Klassenherrschaft und Kapitalismus zielenden Bewegungen und solchen, die weniger ambitionierte Ziele verfolgen, undeutlich sind.

Nachdem Bernie Sanders, der unabhängige Senator aus Vermont, aus den demokratischen Vorwahlen als Präsidentschaftskandidat ausgeschieden (oder vielmehr hinausgedrängt worden) war, hielt die

amerikanische Linke – in fast all ihren Schattierungen – sich mit Kritik an Biden zurück: Es herrschte fast Konsens, dass eine breitestmögliche Unterstützung für diesen Kandidaten notwendig war, um eine Wiederwahl Trumps zu verhindern. Vor allem aus letzterem Grund engagierten sich progressive und linke Organisationen und Bewegungen im Wahlkampf für das Biden-Harris-Ticket, inklusive großer Teile der vorher durch die Sanders-Kampagne Mobilisierten. Diese von der Führungsspitze der Demokratischen Partei nicht unbedingt geschätzten Kräfte – ob nun die Wahlkampfteams der *Squad*-Mitglieder Rashida Tlaib in Detroit und Ilhan Omar in Minneapolis, die Fußtruppen von Stacey Abrams' *Fair Fight* in Georgia oder die zahllosen *Get out the vote*-Aktivist*innen, die Grassroots-, Gewerkschafts- und ethnische Gruppen mobilisierten – spielten sogar eine entscheidende Rolle für den (knappen⁴) Sieg der Demokratischen Partei (Grim/Lacy 2020). Lediglich die »anti-electoralist left« (Kunkel 2021), bestehend aus diversen linksradikalen, anarchistischen, sozialistischen und einigen BLM-Gruppen, verweigerte dieser historisch breiten Wählermobilisierung ihre Unterstützung.

Trotz dieser einmalig breiten Mobilisierung verlor die Demokratische Partei acht Sitze im Reprä-

sentantenhaus, sodass sie dort nur noch eine schwache Mehrheit von neun Sitzen hatte. Im Senat ergab sich statt der für sicher gehaltenen Machtübernahme (erst nach den Stichwahlen in Georgia) ein Patt von 50:50, eine prekäre Mehrheit ist also nur durch die Stimme der Vizepräsidentin gegeben. Auch auf einzelstaatlicher Ebene gelang es der Demokratischen Partei in keinem der zwölf Staaten, die wegen dünner republikanischer Mehrheiten in den legislativen Kammern als chancenreich galten und wo sie entsprechend extensive Ressourcen einsetzte, diese Mehrheiten stürzen.

Sofort nach Vorliegen der Wahlergebnisse traten die bis zum Wahltag im November 2020 unterdrückten Spannungen zwischen progressivem Flügel und Partei-Establishment wieder an die Öffentlichkeit. Die Linke machte deutlich, dass sie – anders als nach Obamas Wahlsiegen – der neuen Regierung keinen Honeymoon gewähren, sondern prompt den Druck auf die neuen Amtsinhaber*innen intensivieren würde. Die zentristische Parteiführung⁵ ihrerseits attackierte den progressiven Parteiflügel, in ihren Worten: »the hard left«, und die linken Kongressabgeordneten⁶ als verantwortlich für die Verluste im Kongress (Sirota 2020; Grim/Lacy 2020). Sie skandalisierten deren »radikale Rhetorik«, insbeson-

dere Forderungen wie »Defund the police« und das Werben für Sozialismus, um damit allerdings auch so populäre Forderungen wie die nach genereller Krankenversicherung (*Medicare for All*) oder die wirtschaftspolitische Agenda von Sanders zu treffen.

Allein schon diese prekären, zum Teil feindseligen Beziehungen zwischen Partei-Establishment und progressiven Demokraten versetzte die amerikanische Linke in eine schwierige Lage. Zugleich strahlte, nach vier Jahren Trump und republikanischer Vorherrschaft, selbst eine finanzmarkthörige, sozialismusfeindliche neoliberale Partei eine gewisse Attraktivität aus. Je mehr sich die Republikanische Partei zur Partei Trumps entwickelte, sich machonationalistisch, protektionistisch, neomerkantilistisch und tendenziell rassistisch definierte (Riley 2020), umso attraktiver erschien die Demokratische Partei auch der Linken. Obendrein erfreute die neue Regierung in ihren ersten Wochen im Amt: Statt der von vielen erwarteten Rückkehr zu einer aufgeklärt neoliberalen »Normalität«, verkörpert von dem seit 1972 in Washington tätigen, als Senator und Obamas Vizepräsident fungierenden Politiker Joe Biden, zeichnete sich nicht nur eine ernsthafte Öffnung für bislang ausgegrenzte »multikulturelle« Gruppen und Themen ab, sondern auch eine Rückkehr zu starken

staatlichen Interventionen im Interesse der 90 anstatt der obersten zehn Prozent. Die Verabschiedung des 1,9-Billionen-Dollar-*Rescue Plan* (gegen die republikanischen Volksvertreter*innen, die geschlossen dagegen stimmten) zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer desaströsen ökonomischen und sozialen Folgen wurde in breiten Kreisen als Kehrtwende von dem seit Reagan herrschenden Credo »Der Staat ist nicht die Lösung unserer Probleme, sondern ist das Problem« gefeiert. In seiner ersten großen Fernsehrede an die Nation am 11. März 2021 verkündete Biden eine neue Ära, in der der Staat nicht mehr, wie seit 1981 üblich, dazu genutzt werde, Steuern zu kürzen (wovon die Reichen profitieren), sondern »um arbeitende Familien und Kinder zu unterstützen« (Biden 2021).

Zunächst wirkte die Bilanz der Biden-Regierung beachtlich. Sie konnte in der Pandemiebekämpfung, trotz großer Widerstände in republikanisch-dominierten Staaten, signifikante Erfolge erzielen und dabei sogar die von den wirtschaftlichen Folgen der Gesundheitskrise besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen vor dem Absinken in Armut schützen; sie brachte unerwartet ambitionierte, produktive und auf Umverteilung zielende Gesetzesvorhaben auf den Weg, und sie stellte die Kapitol-Stürmer vom 6. Januar

2021 nach und nach vor Gericht, wo sie größtenteils zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Zunächst genoss sie auch hohe Zustimmungsraten in der Bevölkerung und in weiten Teilen progressiver und linker Gruppierungen. Nach dem chaotischen Abzug aus Afghanistan jedoch begann die Zustimmung zu sinken, die im Sommer 2022 – aufgrund des Auslaufens der pandemiebedingten Unterstützungsprogramme, der durch die Inflation steigenden Lebenshaltungskosten und des Scheiterns der ambitionierten Reformprojekte im Kongress – auf Tiefstwerte abgestürzt war⁷.

Die Gründe für dieses Versagen liegen sowohl in den Prioritäten der (Führung der) Demokratischen Partei als auch in tradierten strukturellen Restriktionen amerikanischer Politik, deren antidemokratische Institutionen und Verfahrensregeln von der Republikanischen Partei strategisch genutzt wurden.

Da die Handlungsmöglichkeiten sowohl der Linken als auch der Demokratischen Partei stark von diesen historischen und institutionellen Bedingungen bestimmt werden, widmet sich das II. Kapitel zunächst diesen restriktiven Kontexten und Strukturen, die das Erstarken und die Radikalisierung der Republikanischen Partei und bei der Demokratischen Partei die Dominanz einer neoliberalen, auf urbane Mittelschichten zielenden Führung befördert haben.

Das III. Kapitel stellt die relevanten Akteure und Narrative der Linken anhand der Demokratischen Sozialisten und der Black-Lives-Matter-Bewegungen dar. Dort wird deutlich, dass diese Akteure keineswegs dieselbe klassenanalytische oder kapitalismuskritische Sicht auf die amerikanische Gesellschaft teilen, sondern die Unterdrückungssysteme von *class*, *gender*, *race* recht unterschiedlich gewichten. Das IV. Kapitel diskutiert dann die innenpolitische Agenda und zentrale Reformvorhaben der jungen Biden-Regierung, sowie die Konflikte und Auseinandersetzungen, die darüber ausgebrochen sind. Wie sich die linken und progressiven Bewegungen im Lauf dieser Auseinandersetzungen verändert und entwickelt haben, ist Gegenstand des V. Kapitels. Ob der hier diagnostizierte Weg der amerikanischen Linken ins Aus aufgehalten werden kann, muss offen bleiben. Vor allem angesichts des unsicheren Ausgangs der Zwischenwahlen im November 2022, bei denen die Republikanische Partei auf vielen, sowohl einzelstaatlichen als auch nationalen Bühnen Macht zurückgewinnen könnte, ist die Zukunft der amerikanischen Linken ungewiss. Die gegenwärtig zu beobachtende Stagnation und Schwäche der Linken lässt angesichts des Erstarkens der MAGA-Kräfte Befürchtungen aufkommen, die Thema des Schlusskapitels sind.

Anmerkungen

- 1 Zum Beispiel United National Antiwar Coalition: <https://nepajac.org/unacukraine2.html>.
- 2 Soweit nicht anderes angegeben, stammen alle Übersetzungen von mir (M.M.).
- 3 Adler-Bell (2022b) diagnostiziert: »Vermutlich ist in keiner anderen Arena des öffentlichen Lebens der USA mehr von ›sozialen Bewegungen‹ die Rede als im Nonprofitsektor. [...] Nonprofits haben gelernt, wie soziale Bewegungen zu sprechen. [...] Und die Stiftungen, die sie finanzieren, haben ebenfalls gelernt, ›soziale Bewegungen‹ zu lieben. Jede durchschnittliche stiftungsfinanzierte NGO will heute von sich sagen: ›Wir sind eine soziale Bewegung, nicht einfach eine stiftungsfinanzierte NGO‹. [...] Aber bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus: [...] Sie funktionieren alle mit Geldern von Ford oder Open Society.«
- 4 Die Sicherung der Mehrheit des Electoral College verdankte sich einer hauchdünnen Mehrheit von 42.000 Stimmen in Arizona, Georgia und Wisconsin (www.npr.org/2020/12/02/940689086/narrow-wins-in-these-key-states-powered-biden-to-the-presidency).
- 5 Allen voran der afroamerikanische House Majority Whip James Clyburn, South Carolina, und Abigail Spanberger, Abgeordnete von Virginia.
- 6 Die nach ihrem Wahlsieg 2018 als *Squad* bekannten linken Kongressabgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez, Ilhan Omar, Rashida Tlaib und Ayanna Pressley sind alle wiedergewählt worden; diese parlamentarische Präsenz der Linken wurde dank der Erfolge von Cori Bush und Jamaal Bowman in der 2020er Wahl sogar gestärkt.
- 7 Vgl. <https://news.gallup.com/poll/395378/biden-job-approval-dips-new-low.aspx>.